



Ansiedlung

Mit optimalen Infrastrukturen schaffen Standortbetreiber Raum für neue Ideen

Seiten 24 – 27



Klimaschutz

Chemiestandorte investieren in erneuerbare Energien und grüne Wertschöpfungsketten

Seiten 28 – 29



Sicherheit

Rechtliche Grundlagen für die sichere Lagerung von Chemikalien und Erzeugnissen

Seite 30

Planungs- und Genehmigungsrecht modernisieren

VCI fordert eine Nationale Allianz des Wollens

Noch vor gut zehn Jahren galt das deutsche Genehmigungsrecht als verlässlich und damit als positiver Standortfaktor. Heute ist es kompliziert, wird einer modernen Bürgerbeteiligung nicht gerecht und die Verfahren dauern viel zu lange. Außerdem legen Behörden unklare Rechtsbegriffe wie „erheblich“ oder „angemessen“ immer restriktiver aus. Die Folgen: Genehmigungsverfahren sind häufig nicht mehr zeitlich planbar und sie sind zu bürokratisch.

In anderen Staaten, in den Niederlanden bspw., geht vieles schneller. Auch fehlt in den deutschen Behörden Personal. Dabei sind schnelle und rechtssichere Genehmigungen, und im Rahmen der erforderlichen Veröffentlichung von Unterlagen sind Cybersicherheit und der Schutz von Betriebsgeheimnissen eine absolut notwendige Grundlage für die Transformation der Wirtschaft zur Treibhausgasneutralität. Gerade mit Blick auf die Situation in der Ukraine muss ein modernes Anlagenzulassungsrecht zwingend dabei unterstützen, die Versorgungssicherheit mit Energie zu erhöhen.



Thilo Höchst, Fachvereinigung Chemie-parks im Verband der Chemischen Industrie

von Pilotanlagen zur Erprobung der Wasserstofftechnik und von neuen Anlagen zur Produktion von Wasserstoff oder der Ausbau erneuerbarer Energien: Der nachhaltige Umbau der Wirtschaft wird die Zahl der Planungs- und Genehmigungsverfahren in den kommenden Jahren deutlich steigen lassen. Daher ist die von der Bundesregierung angekündigte Halbierung der Dauer derartiger Verfahren für Klimaschutz- und Infrastrukturprojekte ein wichtiges Signal. Die chemisch-pharmazeutische Industrie spricht sich nachdrücklich für dieses Vorhaben aus. Allerdings



Ausgleich zwischen Transparenz und Sicherheit schaffen

Mit Blick auf die Beteiligung der Öffentlichkeit bei Genehmigungsverfahren sieht die Branche auch bei diesem Aspekt Handlungsbedarf, damit die Verfahren schneller durchgeführt werden können. Die Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen ist wichtig, nur sollte sie zeitgemäßer sein: Die Möglichkeit Einwände zu erheben, sollte auf die betroffene Öffentlichkeit begrenzt sein. Der Erörterungstermin, der kaum einen Mehrwert bringt, sollte durch ein schriftliches Verfahren ersetzt werden. Barrierefreie und zeitgemäße Formate für einen frühzeitigen Dialog zwischen Projektträger und der betroffenen Öffentlichkeit müssen aber neben der erforderlichen Transparenz zwingend auch die notwendige Sicherheit vor Cyberkriminalität bieten. Bundeseinheitliche Bewertungsmaßstäbe und Prozesse für eine digitale Öffentlichkeitsbeteiligung sowie eine Digitaltauglichkeit des Rechts sind daher zu entwickeln.

Die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland hängt auch an einem modernen Planungs- und Genehmigungsrecht. Je zügiger die Bundesregierung ihr Beschleunigungsvorhaben anpackt und dabei die Industrieprojekte mit einbezieht, umso schneller werden Klima, Gesellschaft einschließlich der Wirtschaft davon profitieren.

Thilo Höchst, Geschäftsführer Fachvereinigung Chemie-parks im Verband der Chemischen Industrie, Frankfurt am Main

hoechst@vci.de
www.vci.de

Zahl der Genehmigungsverfahren wird zunehmen

Ob Neubau von Brücken, Impfstoff- oder Batterieproduktion, der Bau

müssen die Pläne aus Sicht der Branche viel weiter greifen: Auch Industrieprojekte müssen in gleicher Weise beschleunigt werden wie der Bau neuer Windparks, Glasfaserkabeln oder Schienenwegen, sonst wird das Ziel der Treibhausgasneutralität oder -reduktion in den vorgegebenen Fristen nicht erreichbar sein.

gründung zurzeit erfordert um einen Tag, so bräuchte dies rund 6,6 Mrd. EUR zusätzliche Wertschöpfung.

Jedes Jahr Beschleunigung beim Bau eines einzigen Grünstrom-Elektro-Steamcrackers führt zu einer Einsparung von rund 4 Mio. t CO₂-Ausstoß.

beteiligung, Klagerechte und Fristen müssen überprüft, geändert und auch digitaltauglich gemacht werden.

Verständliche Rechtsbegriffe verwenden

Weiter sind die gesetzlichen Anforderungen und Vollzugsvorschriften praxissnah, eindeutig und unmissverständlich zu formulieren.

Personal aufstocken

Nötig ist auch die Einstellung von mehr Beschäftigten in den Behörden. Außerdem müssen sie kontinuierlich weiter qualifiziert werden. Dadurch würde die technische Expertise in den Behörden erhöht, sodass die Vielzahl von Gutachten eingespart werden könnte. So ließe sich der Bearbeitungsstau auflösen.

Wirtschaft und Klima profitieren

Die Vorteile zügiger Verfahren liegen auf der Hand: Die Verkürzung der Verfahrensdauer um die Hälfte beschleunigt die Transformation, schützt das Klima und erhöht das Wachstum. Eine aktuelle Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft belegt:

Verkürzte man die Dauer der Verfahren, die eine Unternehmens-

Es sprechen also sehr gute Gründe dafür, auch Industrieanlagen schneller zu genehmigen. Das setzt allerdings eine umfassende Modernisierung des Umwelt- und Planungsrechts in Deutschland voraus. Wir brauchen daher noch 2022 ein Gesetz zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, das auch Industrieanlagen umfasst. Die Prozesse und Verfahrensbedingungen, die Art der Öffentlichkeits-

Neun-Punkte-Papier: Vorschläge für ein neues Zulassungsrecht

Der Umbau der Wirtschaft zur Treibhausgasneutralität wird nach Ansicht des Verbands der Chemischen Industrie (VCI) die Zahl der Genehmigungsverfahren vervielfachen, denn auch zahlreiche Industrieanlagen müssen umfangreich modernisiert werden. Wenn die Politik Wachstumsbremsen lösen und Klimaschutzhemmnisse abbauen wolle, dürfe sie sich nicht auf Windräder beschränken. Mit einem Neun-Punkte-Papier schlägt der VCI Politik und Behörden einen Weg vor, wie die Zulassungsverfahren für Industrieanlagen beschleunigt werden können. Die Vorschläge im einzelnen können Sie hier nachlesen: bit.ly/VCI_9-Punkte-Papier

Geschwindigkeit von Genehmigungsverfahren um den Faktor 10 steigern

Ulrich Zeitler, QHSE-Manager im Shell Energy and Chemicals Park Rheinland

Die Klimaziele von Paris lassen sich nur erreichen, wenn wir die Herausforderungen gesamtgesellschaftlich anpacken. Die Energie- und Chemieindustrie ist nicht nur gefordert mit Innovationen technisches Neuland zu betreten. Zugleich müssen neue Wege der Organisation und Zusammenarbeit mit Behörden in den Planungs- und Zulassungsverfahren gegangen werden. Dafür ist insbesondere die Politik gefordert, die dringend erforderlichen Rahmenbedingungen anzupacken. Der Tenor: Die Geschwindigkeit von Genehmigungsverfahren muss um den Faktor zehn steigen! Dafür ist ein gesellschaftlicher Dialog erforderlich, um zu eruieren, was alle Beteiligten für diese High-Speed-Forderung beitragen müssen.



Ein Ziel der Bundesregierung ist es, „Bürokratie, die die Transformation hemmt, abzubauen sowie Planungs- und Genehmigungsverfahren bei Klimaschutzvorhaben zu beschleunigen.“ Für die Zielerreichung sind zentrale Fragen zu klären, wie zum Beispiel: Wie kann Digitalisierung Genehmigungsverfahren beschleunigen? Welche rechtlichen Rahmenbedingungen sind dafür erforderlich? Die Antworten liegen zum Teil auf der Hand. Es geht darum, Behörden schneller zu digitalisieren und so einen rein elektronischen

Austausch bei Zulassungsverfahren zu gewährleisten. Auf den Prüfstand gehören zudem rechtlichen Rahmenbedingungen und Ursachen für fehlende Planungssicherheit.

Zu den Lösungen gehören die Reduzierung von Bearbeitungsfristen, eine Privilegierung von klimaschutzbezogenen Vorhaben, die Anerkennung von internationalen Standards als Stand der Technik, die Einschränkung von Einwendungs- und Klagemöglichkeiten oder auch der Verzicht von Erörterungsterminen, falls es keine schwerwiegenden Einwendungen gibt sowie die unbürokratische Zulassung eines vorgezeigten Baubeginns bei vollständigen Anträgen.

Natürlich sind auch wir als Unternehmen gefordert, unseren Teil zu effizienteren Planungs- und Genehmigungsprozessen beizutragen. Auch wir müssen Strukturen schaffen, die uns Themenbündelung und agiles Arbeiten ermöglichen. Auch gilt es, Behörden und die Öffentlichkeit viel rechtzeitiger in Planungsprozesse einzubinden, um böse Überraschungen zu vermeiden. Nicht zuletzt ist ein regelmäßiger informeller Austausch über geplante Energiewendeprojekte hilfreich. Kurz: Die Zusammenarbeit mit Behörden funktioniert aus unserer heutigen Sicht bereits sehr gut. Nur die Rahmenbedingungen

müssen angepasst werden. Es gibt übrigens schon positive Beispiele für schnelle Genehmigungsverfahren. Unser Wasserstoffanlage REFHYNE 1 ist zunächst als Versuchsanlage auf den Weg gebracht worden. Die Folge: Von der ersten Idee bis zur Inbetriebnahme sind nicht einmal drei Jahre verstrichen.

Rasche Entbürokratisierung

Axel Göhrnt und Patrick Giefers, Geschäftsführer, Ineos Köln

Das Chemieunternehmen Ineos in Köln plant die Umsetzung mehrerer Projekte zur Nachhaltigkeit, insbesondere vor der Herausforderung zu Netto-Null bis 2045. Dafür benötigen wir schnelle und effiziente Genehmigungsverfahren. Im Sinne einer schnellen Umsetzung der Klimaschutzziele und Effizienzsteigerungen, die mit Anlagenumbauten erreicht werden können, erwarten wir, dass die geplante Vereinfachung bzw. Straffung von Genehmigungsverfahren schnell umgesetzt werden. Dazu gehört unter anderem eine weitgehende Digitalisierung von Prozessen in den Behörden und eine rasche Entbürokratisierung. Leider ist unserer Erfahrung nach der Aufwand für die Genehmigungsbehörden noch größer geworden, da sie an die bestehende Regelungen gebunden sind. Wir von Ineos in Köln sind bereit diesen Veränderungsprozess aktiv mitzugestalten.



Geschäftsführung von Ineos in Köln (v.r.): Patrick Giefers und Axel Göhrnt